freuden vermindertes sich, als nicht nur der Reichskanzler, Minister, Grafen und Fürsten mit ihren Hausofficianten der dritten Classe zugewiesen wurden, sondern wenige hundert Meter weiter in anderen Wahlbezirken „Plutokraten" mit einem Steuerbetrag von 66 ℳ in der ersten Abtheilung aufmarschierten. Nun ist aus Köln die Nachricht gekommen, auch der Herr Cardinal-Erzbischof habe es dem Centrum zu danken, daß er mit seinem Küster in einer Linie in der dritten Abtheilung zieht, und damit ist über Nacht denn doch die Erkenntniß gekommen, daß der hoffnungsvolle Sprößling clericaler Gesetzgebung, bei Licht besehen, ein gräulicher Wechselbalg ist. Und so kommt jetzt die Entschuldigung, man habe das ja gerade bezweckt, um — „die Absurdität des Dreiclassenwahlsystems handgreiflich vor Augen zu führen", der Wechselbalg sei ein beabsichtigter Wechselbalg und darum ein „Verdienst". Zugegeben, es sei so, wie steht dann die Sache? Der nächste Landtag soll ein neues Wahlgesetz machen, ein Wahlgesetz, das den Einfluß vertheilt, je nach dem Interesse am Staat, je nach den Leistungen für den Staat und je nach dem Verständniß für den Staat. Um dafür „Bahn zu brechen", hat also das Centrum Wahlbedingungen geschaffen, die nicht nur auf diese drei Anforderungen eines verständigen Wahlrechts einfach ein blutiger Hohn sind, sondern gerade zu den Kreisen, die an einer verständigen Neuregelung am meisten interessirt sind, die Wahlarbeit, die für diese Neuregelung ein geeignetes Abgeordnetenhaus schaffen soll, aufs Aeußerste erschweren. Es verlohnt nicht der Mühe, diesen Ausbund politischer Weisheit des Näheren zu beleuchten; es genügt die Erinnerung, wem der große Dank dafür gebührt. Das deutsche Bürgerthum muß nun dafür sorgen, daß eigene Energie und Rührigkeit in der Wahlbewegung die ihm aufgedrungenen ungünstigen Bedingungen nach Möglichkeit unschädlich machen.

β. **Berlin**, 21. October. (Angriffe auf die zweijährige Dienstzeit.) Bekanntlich ist im Jahre 1893 die zweijährige Dienstzeit für alle Truppen mit Ausnahme der Cavallerie und der reitenden Feldartillerie für eine Probezeit von 5 Jahren, also bis zur Einstellung der Rekruten (einschließlich) im Herbst 1898, gesetzlich festgelegt worden. Demnach ist spätestens in der Reichstagssession 1899/1900 die Frage der Dienstzeit aufs Neue zu entscheiden. Je näher dieser Zeitpunct heranrückt, desto eifriger nimmt die „Kreuzztg." den Kampf gegen die zweijährige Dienstzeit auf. Nun ist es ja selbstverständlich, daß solche technische Cardinalfragen nicht einseitig nach der Weisheit einer parlamentarischen Mehrheit, sondern nur nach der Einsicht militairischer Fachmänner entschieden werden können. Stellt man sich auf diesen Standpunct, dann darf man erst recht von den Gegnern der zweijährigen Dienstzeit überzeugende Beweise für die Schädlichkeit der zweijährigen Dienstzeit verlangen. An solchen Beweisen aber läßt es die „Kreuzztg." in den bisher erschienenen Stücken einer Artikelserie vollständig fehlen. Dafür entschädigt sie den Leser durch die Bekundung subjectiver Sentiments, die nicht auf die Kenntniß bestimmter Thatsachen, sondern auf gewisse, an Aeußerlichkeiten haftende Eindrücke zurückgehen. Was beweisen z. B. Fragen wie die, ob wir wirklich mit Sicherheit darauf rechnen dürfen, daß unsere Corps im nächsten Feldzuge hinsichtlich der Marschtüchtigkeit auftreten, wie das V. Corps im Jahre 1866? Was beweist die weitere Frage: „Ist unser Menschenmaterial kräftiger und von Hause aus durch seine Erziehung der Manneszucht zugänglicher geworden, um die verzärtelte Gewöhnung an diese ohne Bedenken zu ertragen?" — Was beweist der Ausruf, man könne es sich schwer vorstellen, daß nach Größe und Breite an Cadetten einer Voranstalt erinnernde Soldaten mit voller Ausrüstung nach 30 Kilometer Marsch in die Schlachtordnung einrücken? Mit der Wiedergabe so allgemeiner Empfindungen ist es nicht gethan, man weise an bestimmten Einzelheiten nach, daß die Marschtüchtigkeit gelitten hat, daß zu schwache Rekruten eingestellt worden sind, daß die Widerspenstigkeit socialdemokratischer Elemente binnen zwei Jahren nicht zu bändigen war, daß die Leistungen im Schießen schlecht sind u. s. w. Derartige, mit Zahlen und mit den Namen der Regimenter belegte Angaben könnten als Material zur Beantwortung der hochwichtigen Frage nur dankbar willkommen geheißen werden. So lange an Stelle solcher Mittheilungen nur vage Aussprüche geboten werden, lassen wir uns nicht beunruhigen und warten die Erfahrungen ab, die mit der durch die zweijährige Dienstzeit gegangenen Landwehr werden gemacht worden. Darauf kommt es wesentlich an; aber selbst im Jahre 1899 giebt es noch keinen einzigen Landwehrmann dieser Art. Daß die Kriegsverwaltung zur dreijährigen Dienstzeit zurückkehrt, ehe sie die Landwehr der gedachten Art geprüft hat, dürfte ebenso ausgeschlossen sein, wie die verfassungsmäßige Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, bevor jene Landwehr Gelegenheit hat, zu zeigen, was sie ist und was sie kann.

β. **Berlin**, 21. October. (Das Fortschreiten des Intransigententhums bei den Polen.) In den letzten Monaten hat die polnische Volkspartei beachtenswerthe Fortschritte gemacht. Bei den Reichstagswahlen fehlte nur ein Geringes daran, daß in der Stadt Posen der volksparteiliche Candidat an Stelle des Bewerbers der Hofpartei gewählt worden wäre. Bei den Landtagswahlen haben den Volksparteilern Candidaturen eingeräumt werden müssen, so daß wohl der eine oder andere polnische Volksparteiler in den Landtag einziehen wird. Sodann hat soeben der Abgeordnete von Dziembowski-Pomian sein Mandat auf Andrängen der Volkspartei niederlegen müssen, weil er angeblich nicht ordnungsmäßig aufgestellt worden ist. Aus alledem ergiebt sich, daß die polnische Hofpartei vor der Volkspartei, die ursprünglich verspottet wurde, zurückzuweichen beginnt. Die Fortschritte der intransigenten Richtung sind wohl auf die schärfere Polenpolitik der preußischen Regierung zurückzuführen. So lange die compromißfreundlichere Hofpartei Concessionen für ihre Zustimmung zu Forderungen für Heer und Marine herauszudrücken vermochte, konnte sie die Volkspartei niederhalten. Seitdem aber die Regierung sich nicht mehr auf Compromisse mit den Polen einläßt, ist der Nimbus der Hofpartei geschwunden. Vom deutschen Standpunct aus kann es nur erwünscht sein, wenn die polnischen Volksparteiler zu größerem Einfluß in der polnischen Bewegung gelangen. Einmal nämlich öffnet die rücksichtslose Betonung der polnischen Ziele auch solchen Deutschen die Augen, die in nationalen Fragen an merkwürdiger Kurzsichtigkeit leiden, zweitens aber wird durch das Anwachsen der Volkspartei dem bisher überwiegenden Einflusse des polnischen Adels ein Paroli geboten, denn die Volkspartei recrutirt sich vorwiegend aus dem Kleinbürgerthum und dem Bauernstande. Der polnische Adel aber war bisher neben der polnischen Geistlichkeit der gefährlichste Gegner der Germanisirung. Wird der Einfluß des einen dieser Factoren durch die Polen selbst lahmgelegt, so wird damit um so mehr gewonnen, als dann auch die Geistlichkeit in ihrem Einflusse gemindert wird, weil sie zwischen zwei feindlichen Lagern steht. Bei der Reichstagswahl in Posen hat es sich bereits gezeigt, daß die Volksparteiler sich auch dem Einflusse der bisher allmächtigen polnischen Geistlichkeit zu entziehen beginnen.

⊙ **Berlin**, 21. October. (Telegramm.) Gegenüber der Meldung des „Confectionär", an zuständiger Stelle sei der gegenwärtige Zeitpunct nicht geeignet für die **Einführung der 1-Kilogramm-Packete mit ermäßigtem Porto**, erfährt die „Nordd. Allg. Zeitung", die fragliche Angelegenheit sei im Reichspostamte überhaupt noch nicht eingehend erörtert worden, sie werde erst in gründliche Erwägung gezogen werden, nachdem die zur Zeit in Berathung befindlichen Reformen zu Ende geführt seien.

⊙ **Berlin**, 21. October. (Telegramm.) Gegenüber der Meldung der „Times", der Hilfsgeneralpostmeister der Unionsstaaten habe in seinem Jahresberichte vorgeschlagen, sofort mit England, Frankreich und Deutschland Verhandlungen zur **Einführung des Penny-Portos** anzuknüpfen, stellt die „Nordd. Allgem. Ztg." fest, daß an amtlicher Stelle hier über einen solchen Vorschlag **noch nichts bekannt** ist.

B. **Berlin**, 21. October. (Privattelegramm.) Die Nachrichten über einen neuen **Aufstand in Deutsch-Südwestafrika** scheinen so übertrieben gewesen zu sein, wie meistens die englischen „Schiffernachrichten" aus den deutschen Colonien. Londoner Blätter melden jetzt, daß die Eingeborenen ihre Gewehre zu der vorgeschriebenen Stempelung vorlegen und daß die Unruhe vorüber sei.

— Zur Statistik der Unfallversicherung bringt der „Tiefbau" mit Rücksicht auf die stetige Vermehrung der Unfälle eine beachtenswerthe Uebersicht der an einem einzigen Tage bei dem Vorstande der Tiefbauberufsgenossenschaft gemeldeten Unfälle. Die Zunahme an sich geht — unabhängig von der Versicherungspflichtigkeit — schon daraus hervor, daß die Zahl der Meldungen bis Ende September 1897 im Ganzen 3353, 1898 aber schon 4594 an demselben Termin betragen hat. Wenn man auch die geringe Zunahme der Mitglieder im letzten Jahre (ausschließlich der Versicherungsanstalt) um 120 (2,5 v. H.) und die der versicherten Arbeiter um etwa 2000 (1,25 v. H.) in Betracht ziehen will, ist die Steigerung der Unfallzahl um etwa 18 v. H. doch immer verhältnißmäßig hoch. Der 8. October dieses Jahres war der Tag, an dem alle einlaufenden Unfallmeldungen nach Anordnung des Vorsitzenden sorgsam zusammengestellt wurden. Es ergaben sich in der Zeit von 8 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags im Ganzen 36 Meldungen, unter denen sich allerdings ein sog. Massenunfall mit drei Todten und neun Verletzten befunden hat. In der Tabelle darüber findet man angegeben: den Tag des Unfalles, die mit dem Unfall zusammenhängende Betriebsart, den äußeren Anlaß und die Art der Behandlung. Aus den einzelnen Angaben ersieht man, mit welchen Schwierigkeiten die Vorstände der Berufsgenossenschaften zu kämpfen haben, indem hier von den 36 Unfallmeldungen vom 8. October nicht weniger als 23, d. h. 63 v. H., verspätet eingegangen sind! Der Massenunfall vom 28. September kam erst 10 Tage später zur Kenntniß des Vorstandes, zu einer Zeit also, wo wenig mehr geschehen konnte, die Sachlage im Augenblick des Unglücks — in diesem Falle eines Eisenbahnzusammenstoßes — genau festzustellen. Ebenso schwer ist es, sich zu überzeugen, ob sofort alles für die beste Heilung Erforderliche geschehen sei. Andere am 8. October eingegangene Meldungen betrafen Unfälle vom 24. August und vom 31. März! Nimmt man dazu, daß sehr oft Verletzungen aus Bauunfällen durch die Ortsbehörden zunächst bei einer verkehrten Genossenschaft zur Anzeige kommen, so erklären sich daraus die von den Vorständen selbst am meisten bedauerten Verzögerungen des Heilverfahrens und der Rentenzahlung, die überdies durch allerlei Rückfragen die Verwaltung unnütz belasten.

— Der Verein für Socialpolitik hatte den Minister der öffentlichen Arbeiten um die Ermächtigung gebeten, in bestimmten Bezirken unter Mitwirkung der königlichen Eisenbahn-Directionen eingehende Erhebungen über die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der Unterbeamten und Arbeiter durch Ausgabe von Fragebogen und ergänzende mündliche Berathungen des Personals anstellen zu dürfen. Wie nunmehr die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen" mittheilt, hat der Minister sich grundsätzlich außer Stande erklärt, diesen Anträgen zu entsprechen. Im preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten scheint man ein Bedürfniß zu solchen Erhebungen für den preußischen Staatsbahnbereich nicht anzuerkennen, da die Verwaltung in den Etats, sowie namentlich in ihren Berichten über die Betriebsergebnisse alljährlich ein ausführliches Material über die Anstellungs- und Einkommensverhältnisse ihrer Bediensteten, über die Dienst- und Ruhezeiten, über die bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen u. s. w. bekannt giebt.

* **Danzig**, 20. October. Oberpräsident von Goßler hat den Danziger Vertreter der „Elb. Ztg." ermächtigt, zu erklären, daß auf seiner Reise in das rheinisch-westfälische Industriegebiet die Frage des Mittellandcanals weder in der Rheinprovinz noch in Berlin auch nur andeutungsweise berührt worden sei und daß bei dem Plan, gewisse Industriezweige nach den östlichen Provinzen zu verpflanzen, für Danzig folgende Hauptgesichtspuncte in Betracht kommen:

1) billiger Grundstückserwerb; 2) Danzigs Lage am großen Wasser mit glücklicher Verbindung über See; 3) eine verhältnißmäßig billige Kohle, da im Osten die schlesische mit der englischen Kohle in Wettbewerb trete; 4) der Bezug des schwedischen Eisens, das für viele Erzeugnisse die Grundlage bildet, ist im Osten leichter als im Westen, da die Frachten geringer sind; 5) die Arbeitskräfte sind billig, die weiblichen sind überhaupt noch nicht in Anspruch genommen; 6) die Arbeitskräfte spielen insofern eine Rolle, als die russischen Flachse bei billigem Preise im Osten entsprechend billig verarbeitet werden können.

Die Maßnahmen, die für die Hebung der Industrie des Ostens in Aussicht genommen sind, erstrecken sich hauptsächlich auf die Leinen- und Textilindustrie, gegebenenfalls Porzellanfabrikation und Maschinenindustrie, weniger auf Bergbau, da nach den neuesten Untersuchungen die Tucheler Heide nach dieser Richtung hin wenig günstige Aussichten bieten soll. Alles dies, was in Aussicht genommen ist, kann nach Ansicht des Herrn v. Goßler nicht von heute zu morgen geschehen, aber er hegt die Hoffnung, daß einige Hauptvertreter der westlichen Industrie nach dem Osten kommen werden, es soll dies schon in nächster Zeit geschehen, um sich über die dortigen Verhältnisse zu unterrichten. Herrn v. Goßler sind auch größere Capitalien in Aussicht gestellt worden.

* **Kolberg**, 20. October. Die conservative „Kolberger Volkszeitung" bringt folgende auffallende Mittheilung:

„Wie uns eine Zuschrift des Postamtes in Kolberg mittheilt, ist „höheren Orts" bestimmt worden, daß Zeitungs-Extrablätter nur bei außergewöhnlich wichtigen Veranlassungen (z. B. in Kriegszeiten) zur unentgeltlichen Versendung und Vertheilung durch die Post und zur Vertheilung an die Zeitungsbezieher zugelassen werden dürfen. Zwecks Versendung eines Extrablattes sollen sich daher die Zeitungs-Expeditionen vorher „im Benehmen mit den Postämtern darüber Gewißheit verschaffen, ob die Versendung erfolgen kann." Auch wird gebeten, „von jedem zur Versendung durch die Post bestimmten Extrablatte den Postämtern vorher ein Probe-Exemplar zur Ansicht zugehen zu lassen."

Hierzu bemerkt das conservative Blatt: Man weiß in der That nicht, was man hierzu sagen soll, und kommt fast auf die Vermuthung, daß man bei uns zu Lande die Censur wieder einführen wolle! Jedenfalls muß man erstaunen, wie apathisch man sich „höheren Orts" gegen die Erfordernisse des modernen Verkehrs verhält!

* **Posen**, 20. October. Die Meldung des „Dzienn. Pozn.", betreffend das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritte des Oberpräsidenten Frhrn. von Milamowitz-Möllendorff, wird ergänzt durch nachstehende Zuschrift, die der „Nat.-Ztg." von hier zugeht:

„Kürzlich richteten die „Dtsch. Volkswirthsch. Corr." und mehrere Blätter überaus heftige Angriffe gegen den hiesigen Oberpräsidenten Frhrn. v. Milamowitz-Möllendorff, die eigentlich gegenstandslos waren. Denn es stand schon damals fest, daß der Oberpräsident nach den Landtagswahlen seinen Abschied nehmen werde. Aus unserer Kenntniß der Verhältnisse heraus müssen wir sagen, daß seit dem Tode der Freifrau v. Milamowitz der Rücktritt nur noch eine Frage der Zeit war, zumal da der Oberpräsident nie an seinem Amte gehangen hat, das seinen Neigungen und Wünschen wenig entsprach. Jetzt vollends sind zahlreiche Gründe vorhanden, einen Rücktritt wünschenswerth zu machen. Sie liegen ausschließlich auf persönlichem Gebiet und wir nehmen deshalb Anstand, sie zu erörtern."

Nach anderen Blättern soll auch der Oberpräsidialrath Thon aus seinem Amte ausscheiden.

* **Hof**, 19. October. Der hiesige Magistrat hat, wie die „A. Abdztg." meldet, gestern einstimmig beschlossen, sich der Fürther Petition an das Staatsministerium um Oeffnung der italienischen Grenze für die Einfuhr von Schlachtvieh und um Verlängerung der Schlachtfrist für aus Oesterreich eingeführtes Vieh anzuschließen. Es wurde dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß die jetzigen Absperrungsmaßregeln nach den gemachten Erfahrungen keinen Schutz gegen die Einführung von Seuchen gewähren, daß sie aber auch hier die Fleischpreise auf eine Höhe getrieben haben, die einer rationellen Ernährung der weniger bemittelten Classen direct gefährlich ist. Ferner wurde beschlossen, der Neu-Ulmer Petition um Verlegung der sogenannten Feiertage zweiten Ranges auf die Sonntage zuzustimmen, obwohl in unserer rein protestantischen Gegend ein eigentliches Bedürfniß zur Regelung dieser Frage nicht vorhanden ist.

* **Aus Württemberg**, 20. October. Der demokratische „Beobachter" hat nach seiner Meinung als Vertheidiger seiner Ansichten und Principien jetzt keinen Geringeren gefunden als — den Papst. Dieser sprach bekanntlich zu französischen Pilgern von der christlichen Demokratie, die dem Vaterland Frieden und Glück bringen kann. Dieses Wort fängt der sonst nicht gar „christliche" Beobachter gierig auf und schreibt: „Man höre endlich auch auf, die Freunde der Demokratie zu verdächtigen, als ob sie in dieser ihrer politischen Ueberzeugung nicht auch gute Christen sein könnten. Die Worte des Papstes werden Denjenigen künftig den Mund stopfen, welche glauben, damit politische und confessionelle Geschäfte machen zu können, daß sie monarchische und kirchliche Gesinnung als sich deckende Begriffe ausschreien." Zu diesem Erguß ist nur zu bemerken, daß der Papst von einer Demokratie spricht, die christlich sein muß und nicht zum Socialismus und zum Umsturz hinneigt, wodurch Knechtschaft und Elend entstehen würden.

* **Straßburg**, 19. October. In einer Correspondenz des „Moniteur Universel" aus Elsaß-Lothringen wird auf den für Frankreich höchst ungünstigen Eindruck hingewiesen, den die Dreyfus-Sache hier zu Lande hervorgerufen hat. Dies zeige sich auch auf wirthschaftlichem Gebiete durch Zurückziehung der Einlagen aus Elsaß-Lothringen in ostfranzösischen Banken (und wohl auch in Sparcassen), durch den Rückgang der finanziellen und commerziellen Beziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich. Außerdem habe der Besuch französischer Gymnasien und dergleichen aus Elsaß-Lothringen abgenommen, jener der elsässischen Unterrichtsanstalten durch Eingeborene merklich zugenommen.

* **Augsburg**, 19. October. Prinz Max von Sachsen hielt hier im katholischen Verein „Lätitia" einen Vortrag über die katholische Kirche in England, in der er besonders die Freiheit hervorhob, deren sich diese Kirche in England erfreue, „eine Freiheit der Bewegung, wie man sie in keinem Lande der Welt gewohnt sei, weil die Engländer Allen die Freiheit lassen. Der Staat kümmere sich um die Kirche gar nicht." So berichtet freudestrahlend die „Augsb. Postztg.", die wohl nicht mit Unrecht aus dem Vortrage schließt, der Prinz wünsche, daß auch in Deutschland der Staat der Kirche völlig freie Hand lasse.

Oesterreich-Ungarn.

Zur inneren Lage.

* **Wien**, 21. October. (Telegramm.) Kaiser Franz Josef ist heute früh hier eingetroffen. (Wiederholt.)

* **Wien**, 21. October. (Telegramm.) Die Absicht, den Reichsrath baldigst zu vertagen, scheint um so mehr festzustehen, als sich die Regierung mit der Rechten über die Forderungen aller ihrer Gruppen bisher nicht einigen konnte und in der Vertagung des Parlaments den einzigen Ausweg erblickt, allen weiteren Verlegenheiten zu entgehen. Die Officiösen erhielten die Weisung, zu erklären, es sei die Schuld der Linken, wenn die Regierung gezwungen sei, auf die parlamentarische Erledigung des Ausgleiches zu verzichten. (Voss. Ztg.)

* **Wien**, 21. October. (Telegramm.) Seit zwei Tagen werden, wie auf Verabredung, in allen officiösen und Mehrheitsblättern scharfe Angriffe gegen die deutsche Opposition gerichtet, weil diese im Ausgleichsausschusse lange Reden halte, wodurch es klar werde, daß sie den Ausgleich verhindern wolle. Zugleich wird neuerdings mit einer baldigen Vertagung des Reichsraths gedroht. (Magdeb. Ztg.)

Streik.

* **Steyr**, 21. October. (Telegramm.) Der theilweise Streik in der Oesterreichischen Waffenfabrik dauert fort. Etwa 600 Arbeiter haben die Arbeit eingestellt. Sechs haben sie gestern wieder aufgenommen.

Frankreich.

Drohende Stimmen.

* **Paris**, 21. October. (Telegramm.) Die Patriotenliga erläßt folgenden Aufruf: „Die Vaterlandsfreunde, sicher, daß das Ministerium fallen wird und das kommende Ministerium ein Interesse daran hat, über die wirklichen Gesinnungen des Pariser Volkes unterrichtet zu sein, beschließen, am Tage der Kammereröffnung zum Concordienplatz zu ziehen, um ihre Treue gegen die Republik, ihr Vertrauen zum Heer und ihre Abneigung gegen die Verräther zu bekunden. Kein aufrührerischer Schrei soll ausgestoßen, aber keine Beschimpfung Frankreichs geduldet werden. Es lebe die Republik! Hoch das Heer! Nieder mit den Verräthern!" Dieser Aufforderung gegenüber nimmt auch der socialistische Beobachtungsausschuß Stellung; er beruft seinen Heerbann für denselben Tag auf den Concordienplatz ein mit der ausdrücklichen Weisung, den Todtschlägerbanden der Patriotenliga das Handwerk zu legen. Die Regierung, aus beiden Lagern gewarnt, wird natürlich umfassende Vorsichtsmaßregeln treffen, um die Umgebung des Palais Bourbon freizuhalten und Straßenauftritte zwischen Patriotenligabanden und socialistischen Haufen zu verhüten. (Voss. Ztg.)

Faschoda.

* **Paris**, 21. October. (Telegramm.) Eine der „Agence Havas" aus Kairo zugegangene Depesche meldet, Capitain Baratier sei bei seiner Ankunft in Kairo von dem Personal der französischen Agentur erwartet worden. Baratier habe berichtet, die Mission Marchand habe keinen Officier und keinen Soldaten verloren. Der Gesundheitszustand sei vortrefflich. Die Verproviantirung bereite keine Schwierigkeiten.

* **Paris**, 21. October. (Telegramm.) Der Minister des Aeußeren Delcassé empfing heute Nacht telegraphisch aus Kairo den Bericht des Majors Marchand. Man begann sofort, ihn zu dechiffriren. Die Entzifferung ist bisher noch nicht beendet.

Orient.

Kaiserbesuch.

* **Konstantinopel**, 21. October. (Telegramm.) Zu der Fahrt des Kaiserpaares auf der anatolischen Eisenbahn nach Hereke hatte die Bahnverwaltung ein reichbesetztes Büffet, sowie ein Blumenarrangement aufgestellt, das ebenso wie ein von dem Maler Nasi mit Ansichten bemalter Fächer den ungetheilten Beifall des Kaiserpaares fand. Die Majestäten, die sich größtentheils im letzten Aussichtswagen aufhielten, ließen sich im Vorbeifahren bei Gödjeh das Grab Hannibal's zeigen. Der Kaiser erkundigte sich nach dem Einflusse, den die anatolische Bahn, besonders auf die Landwirthschaft, ausübe. Auf der festlich geschmückten Station Pendik wurde ein kurzer Aufenthalt genommen. Der Empfang, den die Majestäten am Mittag bei ihrer Ankunft in Hereke fanden, war glänzend. Man hatte eine Triumphpforte errichtet, und eine Abtheilung Marinetruppen bildete Spalier und erwies die Ehrenbezeugungen. Der Minister der Civilliste Johannes Effendi und der Director der Fabrik empfingen die hohen Herrschaften und übernahmen die Führung. Die Majestäten ließen sich mit großem Interesse über die Maschinen, die Einrichtung, die Herstellungsart der Teppiche und die Arbeit der in der Fabrik beschäftigten 800 Kinder berichten. Die Kaiserin unterhielt sich mit vielen Kindern. Sodann besichtigten die Majestäten die Ausstellung von Teppichen, insbesondere des Riesenteppichs, den der Sultan dem Kaiser zum Geschenk machte. Bei dieser Gelegenheit errichteten die kaiserlichen Majestäten eine Stiftung für die Mädchen, die an diesem Teppich gearbeitet haben, eine Stiftung, aus der die jungen Mädchen bei ihrer Verheirathung eine Aussteuer erhalten sollen. An dem Frühstücke, das in dem neuerbauten großen Kiosk am Meere veranstaltet war, nahmen 70 Personen Theil. Das Kaiserpaar stattete dem Sultan für den ihm bereiteten Empfang seinen herzlichen Dank in einem Telegramm ab, das der Sultan sofort freudig beantwortete. Die Rückfahrt gestaltete sich zu einer großen Kundgebung, indem die am Ufer versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie zahlreiche türkische Frauen den Majestäten ihr stürmisches „Tschok Jascha" zuriefen und dabei in die Hände klatschten. Diese Kundgebung dauerte ununterbrochen etwa 20 Minuten an, bis das Stationsschiff „Loreley" sich in Bewegung setzte. Das Kaiserpaar dankte sichtlich gerührt. Um 7 Uhr Abends langte das Kaiserpaar hier wieder an und nahm um 8 Uhr das Diner im Merassim-Kiosk ein. (Wiederholt.)

* **Konstantinopel**, 20. October. In dem Botschaftspalais hatte der Botschafter Freiherr v. Marschall zu Ehren des Staatssecretairs v. Bülow eine Tafel veranstaltet. — Morgen, Freitag, wird das Kaiserpaar zwischen 9 und 11 Uhr Vormittags die Sofien-Moschee und das Museum, sowie die von dem Botschaftsdragoman v. Eckardt für die Kaiserin in der Botschaft veranstaltete Ausstellung türkischer Erzeugnisse in Augenschein nehmen. Um 1 Uhr wird die Truppenschau stattfinden. Nachmittag werden die Majestäten das deutsche Krankenhaus besuchen. Am Abend findet im Yildiz-Kiosk eine Galatafel statt, an der auch das diplomatische Corps Theil nehmen wird. — Während der Eisenbahnfahrt hat der Kaiser dem Director der deutschen Bank, Dr. Siemens, den Kronen-Orden, dem Vorsitzenden der Direction der anatolischen Bahn, Zander, den Titel eines Geheimen Regierungsraths, dem Vicepräsidenten Hagürin und dem Betriebsdirector Hagenbeck den Rothen Adler-Orden 4. Classe verliehen.

* **Pera**, 21. October. (Telegramm.) Die deutsche Colonie veranstaltete gestern Abend in den prächtigen Räumen der „Teutonia" zu Ehren des deutschen Geschwaders einen großen Festcommers, an dem fast alle deutschen Marine-Officiere theilnahmen. Baurath v. Kapp führte den Vorsitz und eröffnete die Feier mit einem Hoch auf den Sultan. Das Fest erreichte seinen Höhepunct mit dem Kaisertoast des Vorsitzenden v. Kapp, der ungefähr Folgendes ausführte: Der Kaiser habe leider die „Teutonia" nicht besuchen können. Die Colonie habe aber die große Freude, eine große Zahl theurer Gäste, die die Kaiserreise hierher geführt, in ihrer Mitte zu begrüßen. Die im Auslande lebenden Deutschen ständen den in der Heimath wohnenden an vaterländischer Gesinnung nicht nach. Wohl verschwinde im Auslande jeder Stammesunterschied, aber gerade die im Auslande gegebene Möglichkeit, daß Angehörige aller Stämme des Vaterlandes nebeneinander leben und mit ihrer Eigenart auf einander einwirken, sodann die Entfernung von den Partei- und Interessenkämpfen in der Heimath, das Leben inmitten anderer Nationen, der friedliche Wettbewerb mit den fremden Colonien, alle diese Umstände trügen dazu bei, aus den Deutschen im Auslande in der Regel treue Anhänger des Kaisers und des Reiches zu machen. Obwohl dem öffentlichen Leben der Heimath fernstehend, verfolgten die Deutschen im Auslande doch mit größtem Interesse die bedeutenderen Vorgänge in der Heimath. So habe nirgends die dem Kaiser zu verdankende Vermehrung der Flotte einen so einstimmigen Beifall gefunden, wie bei den Deutschen im Auslande. Speciell berühre seien die Deutschen im Orient durch des Kaisers Freundschaft zum Sultan. Sie habe nach jeder Richtung hin glänzende Früchte gezeitigt. Möchten sie noch lange zum Besten beider Reiche fortdauern. Ueberall sehe man den mächtigen Aufschwung des deutschen Reiches Dank der Friedenspolitik des Kaisers und seiner mächtigen Individualität, und ein Gefühl des Dankes und des Stolzes für einen solchen Kaiser lasse alle Herzen höher schlagen. Redner schloß: „Daher leben wir Deutschen im Auslande in unbegrenztem Vertrauen, in ehrfurchtsvoller Dankbarkeit, in begeisterter Bewunderung und unerschütterter Treue zu Kaiser und Reich". Mit jubelnder Begeisterung stimmte die Festversammlung in das Hoch auf den Kaiser ein. Bahndirector Grosholz feierte hierauf die deutsche Kriegsmarine, deren Aufgabe im Frieden es sei, die Deutschen im Auslande zu schützen und zu fördern. Der Commandant der „Hertha", Corvettencapitain mit Oberstlieutenantsrang v. Usedom, betonte dankend, wie sehr die Marine sich dieser Aufgabe bewußt sei, und sprach den Wunsch aus, daß bei allen Deutschen im Auslande ebenso ein lebendiger Sinn zu finden sein möchte, wie bei denen in Konstantinopel. In gehobener Stimmung blieb die Festversammlung bei Musik- und Gesangsvorträgen bis in die tiefe Nacht hinein beisammen.

* **Pera**, 22. October. (Telegramm.) Man versichert, in deutschen Kreisen herrsche die größte Freude darüber, daß die Majestäten Kaiser Wilhelm und Kaiserin Auguste Victoria durch die Excursion auf der Anatolischen Bahn ihr Interesse für dieses bedeutende Unternehmen bekunden. (Wiederholt.)

Kreta.

* **Konstantinopel**, 21. October. (Telegramm.) Die Pforte hat heute officiell die Collectivnote der vier Botschafter durch rückhaltlose Annahme der Bedingungen beantwortet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Souveränetät der Türkei respectirt und die Muselmanen geschützt werden.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Detectiv-Bureau „Vigilanz"
erstheilt gewissenhaft vertrauliche Auskünfte (ev. unter Garantie) über Vermögen u. Familienverhältnisse, Charakter, Ruf, Mitgift etc., beschafft Beweismaterial zu Processen, Aufklärung dunkler Privat- und Erbschaftssachen, heimliche Beobachtung bezgl. Treue v. Angestellten, Gatten, Verlobten, Ermittelung discreter Natur, anonymer, verbrecherischer Personen. Einziehung zweifelhafter Forderungen ans In- u. Ausland. Geschultes Personal. Vertreter an allen Hauptplätzen der Welt. Erfolge aktenmäßig. Zeugnisse von allen Kreisen. Prosp. u. Ref. gratis. Nur: Grimmaischestr. 26, I.

Kalender u. Neuheiten f. 1899 eingetroffen.
Decorat. Art., Glasmalerei, Lampenschirme, Albums, Selbstbeschäftigungsmittel, Bilderbücher, Theaterbogen, Soiele. Alle Schreibmaterial., Schul- u. Contor-Requis., Geschenkart. Vom Neuen das Neueste in Papierart., Karten, Knalldonbons.
M. Apian-Bennewitz, nur im Hofe querver.

Auer-Gasglühlicht
Multiplex-Gasfernzünder
F. W. Dannhäuser,
Weststraße 12. Fernspr. 2053.
Instandhaltung im Abonnement.

Carl Flatau, Leipzig.
Anerkannt gute Bezugsquelle für alle
„feineren" Cigarrenfabrikate.
Goethestraße 5,
Lortzingstr. 1 und Peterssteinweg 10.